



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 1831 - 33
Fernschreiber 0886 890

Z/XV/126 - 2. Juni 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 5 Die Lehre von Paris 194

Neue Problemstellungen für die deutsche Politik
Interview mit Waldemar von Knoeringen

6 Die grosse Anklage 32

Fast zwei Millionen Flüchtlinge seit 1948 aus der Zone

6 In Stuttgart wird es ernst 23

CDU vor der Entscheidung

7 Ruf zur Besinnung 20

Stevensons Warnungen - Gefahren des Rüstungswettlaufes

7 Bis zum Ural... 23

Nach der de Gaulle-Rede

8 Deutsche Versäumnisse 1945 - 1959 44

Harte Gewissenserforschung eines Mitbegründers der CDU
Ein interessantes Buch von

Prof. Otto Heinrich von der Gablentz, Berlin

* * * * *

Die Lehre von Paris

Neue Problemstellungen für die deutsche Politik

Interview mit Waldemar von Knoeringen

SPD-Pressedienst: Herr v. Knoeringen, Ihre letzten Bemerkungen in München zur notwendigen Bestandsaufnahme der deutschen Politik nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz deuten an, daß Sie über die außenpolitischen Fragen hinaus auch die innerpolitischen Probleme der Bundesrepublik neu geordnet sehen wollen. Welche konkreten Vorstellungen werden hierbei von Ihnen entwickelt?

Waldemar v. Knoeringen: Ich meine tatsächlich, daß die äußerst schwierige Situation, in der sich die Bundesrepublik - besonders nach der Pariser Konferenz - befindet, nicht nur in außenpolitischer Beziehung neu durchdacht werden muß. Erst in diesen Tagen haben wir wieder gehört, daß die Amerikaner weniger an einen Überfall der Sowjets mit Waffengewalt denken, als vielmehr mit einer großangelegten wirtschaftlichen und geistigen Offensive Koskaus gegen den Westen rechnen. Daraus ergibt sich wohl, daß eine gute Außenpolitik so eng mit weiten Gebieten unserer Gesamtpolitik verflochten ist, daß es verhängnisvoll wäre, sie immer nur im militärischen oder diplomatischen Rahmen zu sehen.

SPD-Pressedienst: Worin sehen Sie diese Verflechtung unserer Außenpolitik mit den anderen Gebieten der Politik?

Waldemar v. Knoeringen: Die militärischen Aspekte der Politik sind zwar die spektakulärsten, aber doch nur ein Teil der Außenpolitik von heute. Als mitentscheidende Elemente würde ich z.B. ansehen: Die Hilfe für die Entwicklungsländer, wozu die Bundesregierung endlich einen konkreten Plan vorlegen müßte, die Verstärkung und Verbesserung unserer diplomatischen Vertretungen in den Entwicklungsländern - die Sowjetzone macht das viel geschickter als wir! -, und dann unsere ganze Erziehungspolitik, die ja ein entscheidendes Gewicht bei der geistig-moralischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bekommt.

SPD-Pressedienst: Herr v. Knoeringen, ähnliche Gedanken sind ja auch schon von Herrn Bundespräsident Dr. Lübke, von namhaften Wissenschaftlern und sogar von prominenten CDU-Politikern geäußert worden. Glauben Sie, daß in dieser Beziehung in der Bundesrepublik genug geschieht?

Waldemar v. Knoeringen: Das glaube ich nicht. Sehen Sie, als die Sozialdemokratische Partei ihre Dokumentation über die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus veröffentlichte, habe ich an die CDU/CSU

folgende Fragen gerichtet:

1. Ist die CDU/CSU immer noch der Überzeugung, daß das militärische Gleichgewicht des Schreckens genügt, um unsere Sicherheit zu garantieren und dem Kommunismus seine Angriffskraft zu nehmen?
2. Ist die CDU/CSU immer noch der Auffassung, daß die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus von einem Amt für "psychologische Verteidigung" und durch emotionale Propaganda geführt werden kann?
3. Glaubt die CDU/CSU, daß die bisherige Unterstützung von Forschung und Wissenschaft, die bisherige Berücksichtigung der Kulturaufgaben der Länder beim Finanzausgleich ausreichen, um Menschen heranzubilden, die entschlossen als Bürger eines demokratischen Staates die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu führen imstande sind?
4. Ist die CDU/CSU bereit, in Verwirklichung des Grundgesetzes eine Politik zu entwickeln, die dem Kommunismus eine wahrhaft soziale demokratische Ordnung gegenüberstellt?

Die Antwort, die ich hierauf erhielt, war: Propagandatricks der SPD! Die Luftfotographie aus Flugzeugen und Satelliten wird eine neue Revolution der Militärstrategie zur Folge haben. Militärische Macht wird immer mehr zur Ohnmacht. Ich bin kein Militärfachmann, aber ich bin trotzdem sicher, daß das militärische Gleichgewicht des Schreckens keineswegs genügt, um die Sicherheit unseres Volkes zu garantieren. Aber das Ganze ist doch nichts anderes als ein Wettrennen ohne Ende, bei dem man jeden Augenblick damit rechnen muß, daß irgendein nervös gewordener Staatsmann oder General das Inferno über die Welt ausbrechen läßt. Die Furcht vor einer solchen Katastrophe kann doch nicht der Lebensinhalt der Menschheit sein!

SPD-Pressediens: Welche Konsequenzen ergeben sich nach Ihrer Meinung aus dieser Feststellung, die zweifellos richtig ist, in der besonderen Lage der Bundesrepublik?

Waldemar v. Knoeringen: Wichtigste Aufgabe der Gegenwart sollte es sein, die soziale Demokratie in unserem Staat so fest zu verankern, daß die vielfältigen psychologischen und sonstigen Infiltrationsmaßnahmen der kommunistischen Ideologie bei der Menschheit in unserem Lande einfach abprallen. Dazu gehören: die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht, eine grundlegende und nach vorn weisende Reform des gesamten Krankenversicherungswesens, ein tatsächlich soziales Mietrecht und die Vermittlung des Gefühls, daß jeder Staatsbürger - ganz gleich, ob er arm oder reich ist - die Garantie hat, sich entsprechend seinen Fähigkeiten zu einer Persönlichkeit entwickeln zu können. In diesen Kreis der Betrachtung gehört die Neuordnung unseres ganzen Bildungswesens, die Beseitigung der Bildungsprivilegien und die Konzentration aller Kräfte unseres Volkes auf die Entwicklung einer großen geistigen Widerstandskraft gegen jede Art von Totalitarismus.

2. Juni 1960

SPD-Pressedienst: In letzter Zeit hat man gelegentlich davon gehört, daß die Bundesregierung - angeblich aus Gründen der Konzentration unseres Forschungs- und Unterrichtswesens - den Ländern einen Teil ihrer Kulturhoheit abnehmen will. Wären Sie, Herr v. Knooringen, unter Berücksichtigung der von Ihnen propagierten Ziele einer deutschen Politik mit einem solchen Plan einverstanden?

Waldemar v. Knooringen: Keineswegs. Ich meine, daß die Eigenständigkeit der Länder in Kulturfragen eine gute Sache ist, die man nicht beseitigen sollte. Andererseits glaube ich jedoch, daß es möglich sein müßte, die Länder zu Vereinbarungen zu veranlassen, auf deren Grundlage bei Aufrechterhaltung ihrer Eigenständigkeit in Kulturfragen der Bund als Partner und Förderer für die kulturpolitischen Landesaufgaben auftreten könnte. Ich habe den Eindruck, daß die Bundesregierung mit ihren Bestrebungen gewissermaßen das Kind mit dem Bade ausschütten will. Sie möchte wahrscheinlich mit dem Hinweis auf noch nicht erfüllte Kulturaufgaben die Politik der Länder in den Griff bekommen. Der Bundeskanzler sagte ja selbst einmal, er sei nicht "pingelig" mit der Macht. Bei seinem Gespür für Macht glaubt er vielleicht, daß er die Länder überrollen kann. Eine solche Tendenz zeichnet sich jetzt auch bei den Bemühungen des Bundes ab, Rundfunk und Fernsehen möglichst noch vor der Bundestagswahl 1961 zum Teil in die Hand zu bekommen. Wenn das gelingen würde, wären wir in der Bundesrepublik wieder einen Schritt weiter auf dem Wege zum Obrigkeitsstaat. Verstehen Sie mich bitte recht: Damit will ich sagen, daß wir Gefahr laufen, ein Stück lebendige Demokratie abgebaut zu sehen, während wir doch unter Berücksichtigung unserer großen Aufgaben im Kampf gegen den Totalitarismus genau das Gegenteil tun müßten. Die Demokratie wächst mit dem Gefühl des Bürgers für die eigene Verantwortlichkeit. Jedes Stück eigene Verantwortlichkeit, das man dem Bürger nimmt, ist eine Schwächung der Demokratie.

SPD-Pressedienst: Herr v. Knooringen, Sie haben ja nicht nur als bayerischer Landespolitiker, sondern auch in Ihrer Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender der SPD stets größten Wert darauf gelegt, daß die Fragen der inneren Festigung des demokratischen Staates mit Vorrang behandelt werden sollen. Haben Sie damit in Ihrer eigenen Partei das notwendige Gehör gefunden?

Waldemar v. Knooringen: Ich darf sagen, ja. Als wir im Jahre 1956 auf unserem Parteitag in München alle die hier von Ihnen angesprochenen Probleme in den Vordergrund stellten - ich erinnere an den Plan "Z" -, hat man zunächst auf der Regierungseite unsere Warnrufe zu bagatellisieren versucht. Inzwischen sind viele unserer Anregungen Wirklichkeit geworden. Der Deutsche Wissenschaftsrat ist zum Beispiel heute einer der wichtigsten Bestandteile der deutschen Forschungspolitik. In allen

Ländern haben die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen eine Fülle von Anregungen vorgebracht, die inzwischen verwirklicht worden sind. Es ist uns zweifellos gelungen, die Kulturpolitik stärker in den Vordergrund zu bringen, aber noch lange nicht so, wie das die Stunde fordert. Ich freue mich jedesmal darüber, wenn ich etwas in den Zeitungen davon lese, wenn auch hierbei nicht von den Initiatoren dieser Idee die Rede ist. Die Tatsache, daß man sich in den Lehrerorganisationen, an den Universitäten, in den Kultusministerien und überhaupt überall dort, wo vom Bildungswesen gesprochen wird, die von uns propagierten Ideen zu eigen macht, ist für mich ein Beweis dafür, daß unser Volk spürt, worauf es in den nächsten Jahren ankommen wird.

SPD-Pressedienst: Glauben Sie, Herr v. Knoeringen, daß der Durchschnittsbürger Ihre Bemühungen um die innere Festigung der deutschen Demokratie anerkennt?

Waldemar v. Knoeringen: Ich hoffe und wünsche es natürlich. Aber sehen Sie, eine so große Partei wie die SPD, die schon seit fast hundert Jahren unserem Volke immer wieder neue Impulse gibt, tut dies nicht nur, weil sie damit rechnet, unmittelbar dafür "honoriert" zu werden. Leider denkt der Bundeskanzler im wesentlichen nur in Kategorien von Wahlmanövern für 1961. Und das ist schlecht, weil damit eine in die Zukunft weisende Politik nicht entwickelt werden kann. Uns geht es darum, daß wir mit allen demokratischen Kräften die elementaren Fragen unseres Volkes besprechen können, weil wir wissen, daß es sich hier nicht um Parteianglegenheiten handelt, sondern um den Bestand der Demokratie selbst. Und ich wiederhole noch einmal: In diesem Zusammenhang gehen wir auch die grossen Fragen der Bildungs- und Sozialpolitik, die jetzt endlich einmal gelöst werden müssen, wenn unser Volk die innere Widerstandskraft gegen jede Art des Totalitarismus entwickeln soll.

SPD-Pressedienst: Eine letzte Frage, Herr v. Knoeringen: Sie haben in letzter Zeit sehr viel über den notwendigen Einbau der jungen Generation in den demokratischen Staat gesprochen, haben Sie Anzeichen dafür, daß man Sie überall verstanden hat?

Waldemar v. Knoeringen: Gewiß. Ich bin sicher, daß die Sozialdemokraten, zum Beispiel in Bayern bei den letzten Kommunal- und Kreistagswahlen, nicht so große Erfolge errungen hätten, wenn sie nicht seit Jahren systematisch junge befähigte Menschen in die Verantwortung gestellt haben würden. Aber auch das ist nicht ein parteipolitisches Problem, und ich möchte es keinesfalls als solches verstanden wissen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Gedankenwelt der heute Dreißig- bis Vierzigjährigen nach den schrecklichen Erlebnissen des Dritten Reiches und des zweiten Weltkrieges eine ganz andere ist, als unsere Gedankenwelt, da wir etwa in dem gleichen Alter waren. Die jungen Menschen von heute begreifen sicher, daß die Welt von morgen sich nicht nur in der Ost-West-Auseinandersetzung erschöpfen wird. Sie erleben anderes als wir früher: das Wachsen und Werden ehemaliger Kolonialvölker zu stolzen selbständigen Staaten. Ihr Blick über die Kontinente hat sich durch die stürmische Entwicklung der Technik geweitet. Wie oft höre ich in Gesprächen mit jungen Menschen, daß sie sich nur deswegen von der Übernahme einer staatspolitischen Verantwortung fernhalten, weil sie glauben, daß unsere Streitereien um Teilprobleme der Politik kleinlich sind. Sie streben das Verbindende und das Gemeinsame an. Deswegen möchte ich, daß wir diese jungen Menschen in die Verantwortung für das Morgen stellen. Ich glaube, daß sie Recht haben, wenn sie die Enge des Heute überwinden wollen und immer wieder sagen, daß sie im Wettrüsten allein nicht die Erfüllung ihres Lebens erblicken können. Und ich möchte gerade aus diesem Grunde erreichen, daß wir in dieser so sehr schwierigen Situation nach der gescheiterten Gipfelkonferenz in Deutschland mehr als bisher das Gemeinsame suchen und uns anstrengen, die Welt mit den Augen von morgen zu sehen.

* * *

Es gibt eine große Hoffnung für den demokratischen Sozialismus: Viele Menschen machen sich ernsthafte Gedanken über das Weiterbestehen von Klassenschranken, über den Mangel an Gemeinschaftsgeist, über die häßlichen Städte und die verunstaltete Landschaft, über den mageren Lebensinhalt einer großen Zahl von Menschen, über die schwachen Stellen des Wohlfahrtsstaates, über die Rassenurteile, über die Defizite unserer Massenkultur. Viele verabscheuen den unsinnigen Leistungswettlauf. Viele machen sich Sorgen über die große Armut in den unterentwickelten Ländern. Diese Menschen mit ihrem radikalen Gewissen sind das große Reservoir für den demokratischen Sozialismus, der die Verbindung zwischen Gewissen und Politik herstellen muß. "Socialist Commentary"

+ + +

Die grosse Anklage

sp - Die wirkungsvollste Anklage, die der freie Teil des deutschen Volkes und der mit ihm verbündete Westen gegen die Existenz der DDR erhebt, ist das unbestreitbare Faktum, dass dieses Regime kein Fundament in der von ihm beherrschten Bevölkerung hat. Die Anklage wird tagtäglich durch grausame Bestätigungen gerechtfertigt. Die DDR kann für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, eines der ganz wenigen Länder in Europa zu sein, das eine ständig sinkende Bevölkerungszahl aufzuweisen hat. Der Bevölkerungsverlust beträgt für das Gebiet, das den Herren von Pankow untersteht, seit 1948 beinahe zwei Millionen. Er entstand nicht durch Geburtenschwund, er wurde verursacht durch die anhaltende Flucht von Menschen, die es unerträglich fanden, unter einem kommunistischen Regime zu leben. Sie wählten die Freiheit, ohne oft zu wissen, was diese Freiheit ihnen bringen würde - an gesteigerten Glücksmöglichkeiten, an Befreiung von Furcht und an einer Mehr von sozialer Sicherheit. Sie konnten den Druck, der auf ihnen lastete, nicht mehr ertragen. Diese fast zwei Millionen Flüchtlinge sind beileibe keine "Kapitalisten" oder "Reaktionäre". Sie rekrutieren sich aus allen Bevölkerungsschichten und man findet unter ihnen Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende und Vertreter der Intelligenz, gerade jener Schicht, die von Pankow sehr stark unworben wird. Sie repräsentieren das Volk, das in diesem Teil Deutschlands seiner Selbstbestimmung beraubt ist. Pankow und seine Freunde in Moskau mögen in der Flucht Hunderttausender einen willkommenen Abzug von "Staatsfeinden" sehen. Sie unterliegen einer grausamen Täuschung. Die Flucht von beinahe zwei Millionen Menschen seit 1948 ist die eindrucksvollste und erschütterndste Dokumentation der Tatsache, dass die Koexistenz, von der Herr Chruschtschow so gern spricht, in dem von ihm beherrschten Teil Deutschlands nicht praktiziert wird. Den im Kreml herrschenden Männern sollte dies zu denken geben. Es sollte ihnen nicht gleichgültig sein, wohin und auf welche Seite sich die Sympathien, die Hoffnungen und die Wünsche von Millionen Deutschen neigen. Die ständige Flucht von Menschen aus Mitteldeutschland ist die stärkste Anklage gegen das von Moskau dirigierte Regime von Pankow.

+ + +

In Stuttgart wird es ernst

sp - Nach zahlreichen Vergewaltungen, die mehr oder weniger auf journalistischer Ebene geführt wurden, will man jetzt in Stuttgart mit den direkten Verhandlungen über eine Regierungsbildung beginnen. Natürlich ist es kein Geheimnis, dass es CDU-Politiker gibt, die die SPD - obwohl sie der Gewinner bei den Landtagswahlen war - in die Opposition drängen wollen. Diese CDU-Politiker werden in ihren Bemühungen durch das Verhalten der FDP und des BHD unterstützt. Beide Parteien haben der CDU bedingungslos das Angebot gemacht, mit ihr in eine Koalitionsregierung einzusteigen. Dadurch wird die CDU trotz ihres Verlustes bei den Wahlen aufgewartet und braucht kaum noch Rücksicht auf irgendwelche staatspolitische Überlegungen zu nehmen. Die Position der SPD ist klar. Sie hat die Wahl gewonnen, und sie beruft sich deshalb auf das wachsende Vertrauen, das ihr in der Bevölkerung entgegengebracht wird. Sie erblickt in den Verhandlungen zur Regierungsbildung und in ihrer erklärten Bereitschaft, wieder an einer Regierung teilzunehmen, einen Akt von staatspolitischer Bedeutung. Wenn man jedoch überlegt, welchen Ausgang die Verhandlungen über eine Regierungsbildung haben könnten, so sollte nicht vergessen werden, dass in der neuen CDU-Landtagsfraktion eine Reihe von Politikern ausgefallen ist, die in der Vergangenheit grössten Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit der SPD legten. Schon in Kürze wird sich erweisen, ob das Element des Ausgleichs in der CDU noch stark genug ist, um zu verhindern, dass der Wahlgewinner - die SPD - von der Regierungsmitverantwortung ausgeschaltet wird.

+ + +

2. Juni 1960

Ruf zur Besinnung

sp - Es ist bemerkenswert, dass sich nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz starke politische Kräfte im Westen regen, die für eine Neuordnung des Ost-West-Verhältnisses plädieren und dabei die rein militärischen Probleme zwar nicht ausser acht lassen, aber doch sehr in den Hintergrund drängen. Besonders in der USA wird dies deutlich. So hat der frühere demokratische Präsidentschaftskandidat Adlai Stevenson vor dem Kongress der Textilarbeitergewerkschaft u.a. erklärt, die USA müssten in ihrer Politik die Bedeutung einer vollständigen Abrüstung unter internationaler Kontrolle hervorheben und dafür Sorge tragen, dass der ganzen Welt - auch den Sowjets - die Überlegenheit des Westens auf den Gebieten der sozialen Einrichtungen, der Erziehung, Forschung und Gesundheits-sicherung klar werde. Stevenson will wohl damit sagen, dass die unvermeidliche Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus der freien Welt nicht nur militärische, sondern auch in starkem Maße moralisch-geistige Aufgaben stellt. Diese Grundhaltung kommt ebenfalls in zahlreichen Erklärungen von Staatsmännern zum Ausdruck, deren Länder keinem der im Augenblick drohend gegenüberstehenden Militärblöcke angeschlossen sind. Man könnte meinen, dass der Schock von Paris diese Kräfte in der Weltpolitik zur Sammlung gerufen hat, da sichtbareren denn je geworden ist, wie gross die Gefahren eines hemmungslosen Rüstungswettlaufs für die ganze Menschheit sind.

+ + +

Bis zum Ural ...

sp - Das offizielle Bonn hat die Rede des französischen Staatspräsidenten de Gaulle wohl hauptsächlich deswegen begrüsst, weil man in ihr das uneingeschränkte Bekenntnis zur Europa-Politik der Sechs zu erkennen glaubte. Es ist schwer zu erraten, ob man in Bonn nicht merkt - oder nicht merken will -, welchen Akzent de Gaulle tatsächlich seiner ersten öffentlichen Bilanz von der gescheiterten Gipfelkonferenz gibt. Nach wie vor will der französische Staatspräsident "mit Chruschtschow als Europäer reden". Er rechnet mit einem immer stärker werdenden Druck Chinas auf die Sowjetunion und entwickelt deshalb den Europa-Gedanken über die Sechs hinaus zu einer kooperativen Zusammenarbeit mit dem Europa, das jenseits der Elbe liegt. Im Gegensatz zu Herrn Hallstein, der vor Jahren einmal Europa bis zum Ural "befreit" wissen wollte, glaubt de Gaulle, den Tag voraussehen zu können, an dem die Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa durchaus möglich ist. In diesen Gedanken passt auch de Gaulles Vorschlag zur organisierten Zusammenarbeit zwischen Ost und West auf dem Gebiet der Hilfe für Entwicklungsländer hinein. Der französische Staatspräsident sucht also trotz seiner Betonung der westlichen Solidarität neue Anknüpfungspunkte für Verhandlungen mit dem Osten, deren Initiator er sicher in Paris sein wollte. Es bleibt abzuwarten, ob die sich jetzt wieder abzeichnenden inneren politischen Schwierigkeiten in Frankreich und die Fortsetzung des Algerienkrieges dem General Zeit und Kraft lassen werden, die in seiner Fernsichtsprache an das französische Volk zum Ausdruck gebrachten Gedanken in praktische Politik umzusetzen.

+ + +

Deutsche Versäumnisse 1945 - 1959

U.D. Wenn die Vokabel "radikal" in unserer Umgangssprache noch die Bedeutung "an die Wurzel gehend" hätte, müsste man ein in diesen Tagen erscheinendes Buch mit dieser Bezeichnung belegen, weil es an einigen Grundpfeilern bundesrepublikanischer Politik rüttelt. Es trägt den Titel "Die versäuerte Reform" und enthält in manchen Passagen doch mehr als diese Überschrift verspricht.

Otto Heinrich von der Saplentz, Mitgründer der CDU, Nachfolger Suhrs als Direktor der Hörschule für Politik, heute Professor der Wissenschaft von der Politik in Berlin, stellt seiner Veröffentlichung (Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 140 S.) einen Vortrag voran, den er am 17. Juni 1959 vor Freiburger Studenten gehalten hat. Er nimmt diesen "Buesstag" nicht zum Anlass einer Erbauungsansprache, sondern treibt harte Gewissensforschung. Unsere Gesellschaft bezeichnet er als schlechthin restaurativ und nennt Beispiele dafür:

Den Jasterausgleich habe man dazu benutzt, alle Schicht- und Klassenunterschiede von früher wieder herzustellen, statt nach dem Motto zu verfahren "Den Jungen gute Ausbildung, den Alten einen gesicherten Lebensabend, den Leistungsfähigen eine grosszügige Starthilfe, den nicht Bedürftigen nichts". Über der Ausrechnung einer prozentualen Gerechtigkeit sei die Solidarität der Hilfe verlorengegangen; das Gefühl für die totale Niederlage sei von der Stimmung verdrängt worden, alles liesse sich irgendwie wieder so reparieren, wie es früher einmal war.

Die Chance von 1945, den öffentlichen Dienst zu modernisieren, habe man ebenfalls verpasst. Nach wie vor gebe es das Berufsbeamtentum in überrauschlichem Ausmass und sogar dort, wo es seiner Definition nach (Träger hoheitlicher Funktionen) gar nicht vorhanden sein dürfte, nämlich bei Bahn und Post.

Zur Wiedervereinigung fragt der Verfasser, ob wir uns mit der Feststellung begnügen dürften, dass Russland die Wiederherstellung der deutschen Einheit niemals ernstlich gewollt habe. Hätten wir nicht diesen Willen ändern können, wenn wir mehr Mut zum Risiko gehabt hätten? Darum treffe uns der Vorwurf, nicht auch das Unwahrscheinliche ernsthaft genug versucht zu haben. "Selbst wenn es sich als zwecklos erwiesen hätte, wäre es nicht sinnlos gewesen".

Hinsichtlich unserer zukünftigen Aussenpolitik ist Saplentz nicht minder "radikal" als in seinen innenpolitischen Ansichten. Schade, dass er einen Satz wie diesen etwas allein stehen lässt: "Die entscheidende Aufgabe ist nicht die Wiedervereinigung, sondern die Selbstbestimmung der Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone". Man könnte glauben, dass der Verfasser damit die Resignation von morgen vorwegnimmt. Wird sein nächstes Buch "Die versäuerte Wiedervereinigung" heissen?